



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/38

14. Februar 1950

(Der folgende Beitrag ist dadurch aktuell, dass ein sozialdemokratischer Entwurf eines Gesetzes zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechtes in der Strafrechtspflege gegenwärtig beraten wird. Sein erster Satz lautet: "Aus Überzeugung geleisteter Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft und gegen den Krieg war nicht rechtswidrig"). D.Red.

Illegales Naziregime

Die - angebliche - Gesetzmässigkeit des Naziregimes ist zum politischen Argument schlechthin geworden. Vor allem gehört die Berufung darauf zum festen Bestandteil der sich selbst entschuldigenden oder auch herabsagierenden Beweisführung aller derer, die vom berauschten Anfang bis zum bitteren Ende "treu zur Fahne standen" - mit allen Konsequenzen, die sich für sie daraus ergeben haben und mit denen sie sich nicht abzufinden gedenken. Zuletzt wurde das im Hedler-Prozess besonders deutlich.

Von dieser Einstellung aus werden aber auch zunehmend heftige Angriffe gegen diejenigen vorgetragen, die sich sehr frühzeitig im In- und Auslande gegen dieses Regime wandten und alles daran setzten, es zu Fall zu bringen. Geschickt und hartnäckig wird das Wort vom "Verrat", durch den das Nazireich schliesslich gestürzt worden sei, nach vorn geschoben. Offenbar kann keine deutsche Niederlage sinnfällig genug sein, um mit dieser Ausrede aufzuräumen. Gierig wird sie von allen denen aufgegriffen, deren irreführender, falscher Ehrbegriff es einfach nicht ertragen kann, zu den Verlierern zu gehören.

Besonders gefährlich aber ist, in welchem Umfange die Auffassung von der Gesetzmässigkeit des Nazistaates und, so schliesst man messerscharf, infolgedessen von der Ungesetzlichkeit der zu seinem Sturz unternommenen Widerstandsbestrebungen offenbar auch in der richterlichen Vorstellungswelt Fuss gefasst hat. Die Situation ist einigermaßen grotesk: Der überwiegende Teil der Richter hat der NSDAP angehört, wobei es in diesem Zusammenhang gewiss

nicht gleichgültig ist, ob aus formalen oder Überzeugungsgründen. Die Entnazifizierung hat in der Mehrzahl der Fälle zur Wiederinstellung dieser Richter geführt. Sie sitzen nun, neben anderer, harmloserer Betätigung, auch über ihre früheren Freunde von der NSDAP oder deren politische Kumpane zu Gericht, die heute wieder auf der alten Linie arbeiten, die Fundamente der Demokratie zu unterminieren.

In dieser Frage der Legalität der Nazi Herrschaft muss schnelle und eindeutige Klärung herbeigeführt werden. Mit einer jeden Zweifel ausschliessenden Überzeugungskraft ist von einer Stelle höchster rechtlicher und menschlicher Autorität festzustellen, dass das nationalsozialistische Regime usurpatorischen Charakter hatte; was natürlichem politischen Empfinden von Beginn der Hitler-Diktatur an selbstverständlich gewesen ist. Der Beweis, den man im einzelnen und ohne Mühe führen kann, liegt unter anderem darin, dass der erste Repräsentant dieses Regimes in dem Augenblick, in dem er als Reichskanzler seinen Eid auf die Verfassung ablegte, bereits die Absicht hatte, ihn zu brechen. Das hat sich später einwandfrei herausgestellt. Und vom ersten Tage seiner Herrschaft an häuften sich Massnahmen, die einen klaren Bruch der Verfassung darstellten, also ungesetzmässig waren - angefangen von der Reichstagsbrandstiftung mit ihren daraus abgeleiteten Unterdrückungsmassnahmen gegen bestimmte politische Parteien und Gruppen. Der Hinweis, dass das Ausland das Hitler-Regime durch diplomatische Anerkennung legalisiert habe, hat wenig Gewicht, denn dieser Entschluss des Auslandes war vom Gesichtspunkt einer (vermeintlichen) politischen Zweckmässigkeit bestimmt, nicht aber das Ergebnis einer Untersuchung über die Rechtmässigkeit des Hitler-Regimes, zu der die ausländischen Regierungen, rein politische Instanzen also, ohnehin nicht befugt waren.

Im Grunde sind die einzigen, die in diesem Punkt ein konsequentes Rechtsbewusstsein bewiesen haben, diejenigen gewesen, die den Hitlerstaat von seinem Beginn an als ungesetzlich bekämpften. Das aber muss eine allgemeine und gültige Erkenntnis werden, mit allen dazugehörigen Schlussfolgerungen. Gewiss soll man die Bedeutung auch von feierlich erklärten rechtlichen Tatbeständen gegenüber der Gewalt politischer Entwicklungen nicht überschätzen. Aber die überzeugenden und unabweisbare Feststellung von der Ungesetzlichkeit des nationalsozialistischen Regimes wäre aussen- wie innenpolitisch ein eminent praktischer Schritt.

Peter Raunau

Trumans Deutschland-Politik
 Von unserem Korrespondenten in USA

H.St., New York

In den Tagen, die seit der Stuttgarter Rede McCloy's vergangen sind, sind viele Mutmassungen angestellt worden, ob sie eine neue Etappe der amerikanischen Deutschland-Politik eingeleitet, d.h., ob sie eine "Frantschwenkung" des Staatsdepartements angekündigt habe, und zwar im Sinne einer "scharfen" oder wenigstens kritischeren Politik Westdeutschland gegenüber. Als Beweis dieser These wird gesagt, dass schon in der Saarfrage Staatssekretär Acheson den französischen Standpunkt verteidigt habe, und dass also die pro-deutsche Politik, die mit Byrnes' Stuttgarter Rede begonnen hatte, nunmehr mit McCloy's Rede am gleichen Ort abgeschlossen worden sei. Gründliche Nachforschungen können jedoch dieser Behauptung nicht Recht geben. Von einer Frantschwenkung kann nicht gesprochen werden - eher sieht es so aus, als ob McCloy's Ausführungen eine Neubekräftigung der bisherigen Linie enthalten.

Fest steht zunächst, dass das, was McCloy in Stuttgart sagte, die Ansicht der amerikanischen Regierung war. Beachtlich ist ferner, dass der Hochkommissar am gleichen Tage sprach, an dem der deutsche Vizekanzler Dr. Blücher in den Vereinigten Staaten ankam. Wollte man Dr. Blücher und seine Regierungskollegen in Bonn daran erinnern, dass die Bundesregierung nur dann weiterhin auf die Sympathie und Unterstützung Washingtons rechnen kann, wenn sie ihrerseits gewisse politische Prinzipien nicht ausser Acht lässt?

Um welche politischen Prinzipien es sich dabei handelt, ist nicht schwer zu raten. McCloy hat sie aufgezählt: kein "Nachgeben" nach rechts; keine Konzessionen an die lärmenden nationalistischen Gruppen und Grüppchen auf der äussersten Rechten; keine grossartig aussehenden aussenpolitischen Abenteuer, mit denen man den Beifall dieser gleichen Kreise erwerben möchte, sondern dafür ernstliches Anpacken der so sehr viel dringenderen innenpolitischen Fragen, wie vor allem der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und die Unterbringung der Flüchtlinge. Dazu kam die kräftige Zurückweisung jener Ausserungen eines Mitgliedes der Bundesregierung zur Frage von Hitlers Kriegsschuld, und die noch viel kräftigere Ermahnung, keine "Re-Nazifizierung" zu dulden und die neue deutsche Demokratie auch fest auf demokratischen Säulen aufzubauen, anstatt sich auf opportunistische Konjunkturritter zu stützen.

Das waren unmissverständliche Worte. Trotzdem wird versichert, dass McCloy nicht die Absicht gehabt habe, der Regierung Adenauer Steine in den Weg zu werfen oder gar die Regierungskoalition auf-fliegen zu lassen. Davon kann in der Tat keine Rede sein - wenn man auch ein peinliches Gefühl darüber nicht los wird, dass es überhaupt nötig war, der Bundesregierung solche simplen Dinge in Erinnerung zu rufen. Auf der anderen Seite steht jedoch fest, dass es McCloy's Absicht war, die demokratischen Kräfte in Westdeutsch-land zu stärken. Gewiss liegt darin nichts grundsätzlich Neues, denn dies war stets die Politik Amerikas; aber es wird hier offen zugegeben, dass diese Tendenz oft genug vernachlässigt worden sei. Der Hochkommissar hat damit Gerüchte widerlegt, denen zufolge es die Amerikaner mit der "Reaktion", mit den ewig Gestrigen, mit allen konservativen und feudalen Elementen im Lande halten; das betre-tene Schweigen dieser Kreise auf seine Stuttgarter Rede zeigt deut-lich genug, dass der Hieb gesessen hat.

Ebenso müssen, nimmt man hier an, diejenigen Leute in Deutsch-land enttäuscht sein, die damit gerechnet hatten, Präsident Truman werde ihnen noch im Laufe dieses Jahres gestatten, ihre alten Offi-ziersuniformen wieder anzuziehen und - sei es unter amerikanischem Oberbefehl, sei es selbständig - bald wieder Rekruten einexerzieren zu dürfen. Freilich haben McCloy's sehr klare Worte zum Thema einer deutschen Wiederaufrüstung auch noch andere Absichten verfolgt: im amerikanischen Verteidigungsministerium hatte man zuerst mit die-sem Gedanken gespielt, und aus gewissen englischen und französi-schen Kreisen, z.B. Feldmarschall Montgomery und der Pariser Zei-tung "Le Monde" hatte es ein zustimmendes Echo gegeben, während be-kanntlich in Deutschland selbst die fast einhellige Ansicht zum Ausdruck kam, man wolle von einer Remilitarisierung nichts wissen. In der Meinungsverschiedenheit zwischen dem amerikanischen Ver-teidigungsministerium und dem Staatsdepartement hat also das letzte-re gesiegt und McCloy konnte klipp und klar verkünden, dass es keine deutsche Armee oder Luftwaffe"geben werde.

Alles in allem wird auch der zurückhaltendste Beobachter zu-geben, dass es letzten Endes gut war, dass McCloy so eindeutig ge-sprochen hat. Er hat damit die amerikanische Politik in Deutschland von vielen Unklarheiten und Verschwommenheiten frei gemacht - die Amerika schaden und Deutschland nicht nützten. Er hat zu verste-hen gegeben, dass die Regierung Adenauer ihre wirklichen grossen Bewährungsproben noch vor sich habe, nämlich auf sozialem und wirt-schaftlichem Gebiet - und hat damit gewiss zahllosen Deutschen aus der Seele gesprochen. - o - o -

Eine selbstverschuldete Tragödie

H.K. Die SED ist dabei, das Wort Ulbrichts wahrzumachen, dass man nicht auf halbem Wege stehen bleiben dürfe. Hunderte von Funktionären der Ost-CDU und Ost-LDP, unter ihnen Minister, Vorsitzende der Landesverbände und zahlreiche Abgeordnete, die nach der Verfassung der Ostzonen-Republik parlamentarische Immunität geniessen, haben es vorgezogen, diese nicht zu erproben.

Die Welt erlebt nun das offenbar widersinnige Schauspiel der systematischen Zerschlagung der bisherigen Blockpartner, während gleichzeitig durch die Bildung der Aktionsausschüsse für die "Nationale Front" genau das Gegenteil angestrebt wird, nämlich die Zusammenfassung aller nationalen Kräfte in einer pro-russisch orientierten überparteilichen Organisation. Will man die gegenwärtig in der deutschen Ostzone vor sich gehende Entwicklung recht verstehen, so muss man sich gleichzeitig daran erinnern, dass auch innerhalb der SED ein fundamentaler Säuberungsprozess stattfindet, der diese aus bolschewistischen, deutsch-kommunistischen und sozialdemokratischen Elementen zusammengewürfelte Partei zu einer "Stalin-Partei" formen soll.

Blickt man tiefer, so sieht man, dass es bei all diesen Vorgängen um die Kardinalfrage der europäischen Politik geht: die Wiedervereinigung Deutschlands. Der Krenl weiss, dass sie ohne seine Zustimmung nicht vollzogen werden kann. Er wird sie solange wie möglich hinauszögern in der Erwartung, dass ein zunehmender Teil des deutschen Volkes, enttäuscht durch die Missgriffe der westlichen Alliierten, bereit sein wird, mit dem Osten zu paktieren. Als Auffangbecken all dieser Kräfte ist die "Nationale Front" gedacht.

Solange der Krenl und Botschafter Semjonow glaubten, mit Hilfe der Ost-CDU und der Ost-LDP ihre gesamtdeutschen Fernziele verfolgen zu können, erfreuten sich Nuschke und Prof. Kastner des Vertrauens der Besatzungsmacht und sie waren wiederholt in der Lage, dies gegenüber der SED auszunutzen. Als man in Moskau einsah, dass man mit diesen bürgerlichen Hasardspielern nichts erreiche, liess man sie endgültig fallen. Dies zeigte sich in aller Deutlichkeit während der Hickmann-Krise, als Nuschke vergeblich versuchte, durch persönliche Vorsprache bei Tschuikow das Kesseltreiben der SED abzustoppen. Moskau hat die Ost-CDU und Ost-LDP abgeschrieben und darum gibt es in Ostdeutschland keine Kraft mehr, die Ulbricht und das SED-Politbüro veranlassen könnte, auf halbem Wege stehen zu bleiben. Die Liquidierung der bürgerlichen Ostzonen-Parteien und ihrer "lauwarmen" Führer ist also nur noch eine Frage der Zeit.